

## Die CVP Wauwil steht ein für eine vereinigte Gemeinde Egolzwil-Wauwil!

Wir Bürgerinnen und Bürger dürfen am 26. November 2006 über die Zukunft unserer Gemeinde entscheiden. Nehmen Sie teil an dieser wichtigen Abstimmung.

**Auch Ihre Stimme ist wichtig!**

## Die CVP sagt JA zu allen Vorlagen!

### Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas

Seit 1990 unterstützt die Schweiz ausgewählte Staaten Osteuropas in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Unterstützung soll aus sinnvollen Gründen weitergeführt und auf die 10 neuen EU-Oststaaten erweitert werden.

Einerseits sollen Demokratie und Marktwirtschaft in den ehemals kommunistischen Staaten gefördert (Transitionsbeitrag), andererseits sollen die neuen EU-Staaten in ihrer Entwicklung unterstützt werden (Kohäsionsbeitrag).

- Die Zusammenarbeit mit den neuen EU-Ländern sichert uns Exportmärkte und festigt den von der Schweiz eingeschlagenen bilateralen Weg.
- Stabilität und Sicherheit in Europa - weniger Arbeitssuchende aus dem Ausland in der Schweiz.
- Jeder in Osteuropa investierte Franken nützt der Schweizer Exportwirtschaft - jeder 3. Arbeitsplatz profitiert nachhaltig von Aufträgen aus dem Export.
- Kein Automatismus – mögliche weitere Beträge müssen vom Parlament bewilligt werden.
- Die Finanzierung erfolgt budgetneutral durch Einsparungen – keine neuen Steuern!
- Die Summe von 1 Mrd CHF wird über 10 Jahre verteilt. Der Einsatz der Mittel wird für spezifische Projekte verwendet, welche von der Schweiz bestimmt werden.

### Bundesgesetz über die Familienzulagen

Das vorliegende Familienzulagengesetz soll den kantonalen „Zahlen-Dschungel“ vereinfachen, harmonisieren und eine einheitliche Regelung einbringen. Die Kantone können über die Minimalvorgaben des Bundes hinausgehen und ihre Leistungen erhöhen.



- Alle Kinder von Arbeitnehmenden sollen eine monatliche Zulage von mindestens 200 Franken bekommen.
- Für 16- bis 25-Jährige in Ausbildung erhält man 250 Franken an Ausbildungszulagen.
- Die Familien werden gestärkt!
- Auch Teilbeschäftigte erhalten eine volle Zulage!
- Auch Nichterwerbstätige mit tiefem Einkommen haben neu Anspruch auf Kinderzulagen.
- Firmen mit Niederlassungen in mehreren Kantonen können die Abrechnung vereinfacht über eine Kasse durchführen.

### Wichtige Daten:

Abstimmungssonntag  
26. November 2006

Gemeinde:

**JA** zur Gemeindevereinigung  
Egolzwil-Wauwil

Kanton:

**JA** zur Universität  
**JA** zum Spitalgesetz

Bund:

**JA** zum Bundesgesetz über die  
Zusammenarbeit mit den  
Staaten Osteuropas

**JA** zum Bundesgesetz über die  
Familienzulagen

### Partei- und General- versammlung sowie Nomination von Grossrat Jakob Lütolf

**Donnerstag 30. November**

Diese Jahr treffen wir uns bereits um **19 Uhr** im Sankt Wendelin zum Nachtessen. Im Anschluss an die Versammlung halten wir die Nomination für unseren Grossrat Jakob Lütolf.

### CVP Parteifest in Sempach

**Freitag 1. Dezember 16 Uhr**

Ein unterhaltender Abend geführt von Röbi Koller mit Christoph Darbellay, Reto Nause und weiteren Gästen.

### Gemeindeversammlung

**Mittwoch 13. Dezember**

Wir laden Sie herzlich ein zu den obigen Anlässen!

# Überzeugendes JA der CVP!

## Spitalgesetz

Im Moment ist der Kanton Träger und Betreiber der kantonalen Spitäler. Ein so dynamisches Unternehmen kann aber nicht mehr direkt durch die Politik geführt werden. Heute müssen sich Spitäler in einem sich rasch verändernden Umfeld behaupten können und müssen deshalb selbstständig agieren können. Darum sollen sie rechtlich verselbständigt werden.

- Die Spitäler können sich im freien Markt besser bewegen, auf Veränderungen schneller reagieren und bleiben somit konkurrenzfähig.
- Die Spitäler haben einen gesetzlichen Grundauftrag zu erfüllen.
- Der Kanton bleibt verantwortlich, dass ein qualitativ gutes Angebot bleibt. Er erstellt den Leistungsauftrag an die Spitäler.
- Der Grosse Rat bewilligt das Globalbudget und hat die Oberaufsicht über die Verwaltung.
- Der Spitalrat ist oberstes Organ des Unternehmens und ist verantwortlich für die strategische Unternehmensführung.
- Der Direktor übernimmt die operative und betriebliche Leitung und vertritt das Unternehmen gegen aussen.

## Neue Strukturen stärken die kantonalen Spitäler

Unabhängig vom neuen Spitalgesetz wird auf Anfang 2008 die Führung des Kantonsspitals Luzern und des kantonalen Spitals Sursee-Wolhusen zum „Luzerner Kantonsspital“ zusammengeführt.

Die psychiatrischen Einrichtungen des Kantons sind bereits zu einer organisatorischen Einheit „Luzerner Psychiatrie“ zusammengefasst.

→ Lesen Sie dazu die Kolumne von Kobi Lütolf.

## Kauf und Umbau des Postbetriebsgebäudes beim Bahnhof Luzern für die Universität und die Pädagogische Hochschule

In diesem Gebäude soll ab 2011 die Universität Luzern und ein Teil der Pädagogischen Hochschule (PHZ) untergebracht werden.

Die Gesamtkosten für den Kauf und Umbau des Postbetriebsgebäudes beträgt 143.85 Millionen Franken. Aufgrund von Beiträgen Dritter muss der Kanton noch rund 77 Millionen Franken finanzieren.



- Die Universität wurde anno 2000 gegründet und ist schnell gewachsen. Heute sind 1600 Studierende eingeschrieben. 2012 werden es 2000 bis 2600 Personen sein, welche in Luzern studieren.
- Zur Zeit hat die Uni kein Zentrum. Sie ist auf 16 Standorte in der ganzen Stadt verteilt.
- Der zentrale Standort am Bahnhof ist sehr vorteilhaft.
- In der Universität wird zusätzlich ein Teil der Pädagogische Hochschule untergebracht. Dadurch können Synergien genutzt werden, z.B. durch eine bessere Auslastung der Hörsäle und Fachräume sowie durch gemeinsame Nutzung von Bibliothek, Mensa, Garderobe, Logistik, etc.
- Die Universität sichert die Präsenz des Kantons Luzern in Wissenschaft und Forschung. Berufsleute profitieren unmittelbar vom Fachwissen der Hochschulen.
- Volkswirtschaftlicher Effekt: Es wird mit 115 Millionen Franken Umsatz für den Kanton Luzern gerechnet.

**Öise Grossrot  
Kobi Lütolf**



## Spitalgesetz – Stillstand wäre Rückschritt

Über das Spitalgesetz wurde im Grossen Rat sehr kontrovers diskutiert. Bei der Schlussabstimmung gab es wieder einmal eine unheilige Allianz zwischen SP/Grüne und der SVP, das heisst beide Seiten waren gegen die Gesetzesvorlage, jedoch aus gegensätzlichen Gründen.

Während es den Linken viel zu weit geht, da sie eine Verschlechterung für das Personal befürchten, geht das neue Spitalgesetz der SVP zu wenig weit, da aus ihrer Sicht eine Aktiengesellschaft das richtige gewesen wäre.

Ob allerdings ein öffentliches Spital eine AG, eine Stiftung, ein Verein oder wie im Spitalgesetz vorgesehen eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist, sagt noch überhaupt nichts aus über seine tatsächliche Autonomie. Denn alle öffentlich-rechtlichen wie auch privatrechtlichen Rechtsformen lassen hier eine grosse Bandbreite zu.

Was die SVP will, ist mehr Unabhängigkeit der kantonalen Spitäler gegenüber dem Kanton. Tatsache bleibt aber, dass der Kanton bei den allgemeinversicherten Patienten auch weiterhin mehr als die Hälfte der Kosten übernehmen muss. Unter diesen Umständen ist es mehr als gerechtfertigt, wenn der Kanton sein entscheidendes Mitspracherecht behält.

Die Linke behauptet, es brauche überhaupt kein neues Gesetz, da die heutige Regelung genügend sei.

Dies mag kurzfristig wohl stimmen - auch mit den bisherigen Bestimmungen läuft vorerhand alles gut. Allerdings steigt dann die Gefahr, dass der Kanton Luzern von der rasanten Entwicklung im Spital- und Gesundheitsbereich überrollt und ins Abseits gedrängt wird.

Luzern wäre einer der wenigen Kantone, der seine Spitäler nicht neu strukturiert und organisiert hätte. Zu befürchten wären deshalb Nachteile im gesamtschweizerischen Wettbewerb mit entsprechenden Folgen.

Das Spitalgesetz ist keine Revolution, sondern eine Anpassung an neue, veränderte Verhältnisse. Luzern braucht dieses neue Gesetz, denn Stillstand wäre Rückschritt und das können und wollen wir uns nicht leisten.

Stimmen Sie deshalb Ja zum Spitalgesetz, für starke Luzerner Spitäler und eine sichere Versorgung.

*Jakob Lütolf*